

UNIVERZITA PALACKÉHO V OLOMOUCI
PEDAGOGICKÁ FAKULTA
Katedra německého jazyka

Lenka Skočíková

Studijní obor:

Němčina se zaměřením na aplikovanou ekonomii

BAKALÁŘSKÁ PRÁCE

„Deutschland in der europäischen Integration“

Vedoucí práce: Mgr. Jan Kubica, Ph.D.

Olomouc 2012

Ich erkläre, dass ich meine Bachelorarbeit selbständig ausgearbeitet habe und die eingeführten Quellen verwendet habe.

In Olmütz 29.3.2012

Ich bedanke mich bei Mgr. Jan Kubica, Ph.D. für seine fachliche Leitung meiner Bachelorarbeit, für wichtige Ratschläge und Bemerkungen.

Annotation

Name: Lenka Skočíková

Lehrstuhl: Lehrstuhl der deutschen Sprache

Name der Arbeit: Deutschland in der europäischen Integration

Betreuer: Mgr. Jan Kubica, Ph.D.

Seitenanzahl: 36

Anzahl der Beilagen: 0

Quellenanzahl: 34

Schlüsselwörter: Europäische Integration, Deutschland, Integrationsprozesse, Europäische Gemeinschaften, Europäische Union

Resümee

Diese Arbeit orientiert sich auf die europäische Integration Deutschlands. Sie forscht die Entwicklung der Integrationsprozesse Deutschlands vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Entstehung der Europäischen Union. In dieser Arbeit wird analysiert die Bemühung Deutschlands, das gleichwertige Mitglied der Europäischen Gemeinschaften zu werden.

Name: Lenka Skočíková

Department: Department of German language

Title: Germany in the European Integration

Supervisor: Mgr. Jan Kubica, Ph.D.

Pages total: 36

Annexes total: 0

Sources total: 34

Key words: European integration, Germany, integration processes, European Communities, European Union

Summary

This work is oriented to German integration in Europe. It analyzes evolution of integration processes of Germany since end of World War II till the European Union was formed. In this thesis the German effort to become equal member of European Communities is analyzed.

Inhalt

1. Einleitung	6
2. Charakteristik des Landes	7
2.1. Historische Entwicklung von Deutschland	7
2.2. Ökonomische Position des Landes.....	9
2.3. Politisches System.....	10
2.3.1. Anfang der Demokratie	10
2.3.2. Politische Parteien	11
2.3.3. Organe des politischen Systems	13
3. Deutschland und Europäische Gemeinschaften	16
3.1. Situation in der Nachkriegszeit	16
3.1.1. Lösung der Neuordnung Europas.....	16
3.1.2. Marshallplan und OEEC	17
3.1.3. Europarat	19
3.2. Fünfziger Jahre	20
3.2.1. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	20
3.2.2. Konrad Adenauer	21
3.2.3. Römische Verträge	22
3.3. Vertiefung der Integration	23
3.3.1. Europäisches Parlament	24
3.3.2. Deutsch–französische Annäherung	25
3.3.3. Erweiterung der europäischen Integration	25
3.3.4. Neue Ostpolitik von Willy Brandt	26
3.3.5. Eurosklerose	27
3.3.6. Einheitliche Europäische Akte	28
3.3.7. Entstehung der Europäischen Union	29
4. Abschluss	32
5. Quellen	34

1. Einleitung

Das Thema dieser Arbeit ist die europäische Integration Deutschlands. Die Europäische Union bezieht in unserer Gesellschaft eine bedeutende Position. Sie verübt einen großen Einfluss auf das wirtschaftliche und ökonomische Geschehen im ganzen Europa. Alle Mitgliedsländer verbindet die feste Partnerschaft, sie bemühen sich zusammen um die Stabilität und Prosperität der europäischen Wirtschaft, sie richten schrittweise den europäischen Einheitsmarkt mit der gemeinsamen europäischen Währung ein. Sie streben nach Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung.

Die Bundesrepublik Deutschland ist das größte Land in der Europäischen Union im Bezug auf die Einwohnerzahl und die Fläche. Deutschland gehört auch zu den reichsten Ländern der Europäischen Union und deshalb hat es eine starke Position und spielt eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen der europäischen Institutionen. Am Anfang dieser Arbeit möchte ich kurz Deutschland vorstellen, seine Geschichte, Wirtschaft und Politik charakterisieren und dadurch seine Position in der Europäischen Union näher bringen.

Der Anfang der europäischen Integrationsaktivitäten reicht in die 50er Jahre des 20. Jahrhunderts zurück. Der erste Schritt in der Nachkriegszeit war die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem einfachen Ziel - die Länder in Europa sollten zusammen verhandeln. Sofern die Länder zusammenarbeiten, ist es wenig wahrscheinlich, dass es zu den Kriegskonflikten kommt. Die ersten Nachkriegsträger von Integrationsaktivitäten waren gerade Deutschland und Frankreich.

In dieser Arbeit wird erwähnt, wie es zur fortschreitenden Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften bis zur Entstehung der Europäischen Union kam und welche Rolle darin Deutschland spielte. Die Grundlagen der Gründung der einzelnen Gemeinschaften hingen mit dem Bedarf an der Regulation der bestimmten Bereiche zusammen. Zuerst war es nötig, der Kriegsbedrohung zu verhindern, dann die ökonomische Sphäre zu verbessern. Später beschäftigten sich die Europäischen Gemeinschaften und dann die Europäische Union auch mit dem Währungssystem, der Außen- und Sicherheitspolitik und der Justiz.

In der Arbeit werden auch die zwei berühmten Personen der deutschen Politik – der Bundeskanzler Konrad Adenauer und Willy Brandt – näher dargestellt, die dank ihren politischen Wirkung halfen, Deutschland in den Integrationsprozess einzugliedern.

Das Ziel meiner Arbeit ist, die Entwicklung des Integrationsprozesses Deutschlands vom Zweiten Weltkrieg bis zur Entstehung der Europäischen Union zu untersuchen und die wichtigsten Ereignisse der europäischen Integration zu bestimmen.

2. Charakteristik des Landes

Die europäische Integration von Deutschland ist der langlebig verlaufende Prozess, der von der historischen, ökonomischen und der politischen Entwicklung des Landes beeinflusst ist. Deshalb ist es nötig, zuerst kurz seine Geschichte, ökonomische Bindungen und sein politisches System zu erwähnen.

2.1. Historische Entwicklung von Deutschland

Die erste Hälfte des 17. Jahrhunderts bedeutete für Deutschland den machtpolitischen Streit zwischen Habsburger, die in diesem Land ununterbrochen schon vom Jahr 1438 herrschten, und Frankreich. Der Streit ging in den Ausbruch von dem Dreißigjährigen Krieg (1618–1648) über, der offiziell von der Unterzeichnung des Westfälischen Friedens beendet wurde. In dieser Zeit war Deutschland nur eine Vereinigung von den cca. 300 selbstständigen Staaten, die die selbstständige Politik und Wirtschaft realisierten (www.apsida.cz: 2012).

Nach dem Ausbruch der napoleonischen Kriege wurde der Teil des deutschen Gebiets von Franzosen besetzt, wobei zur stufenweisen Aufhebung der cca. 200 damaligen Staaten kam. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation wurde offiziell im Jahre 1806 aufgehoben (Fulbrook: 2010).

Nach dem Fall der napoleonischen Regierung kam zwar zur Teilrevision des ursprünglichen Gebiets, aber hauptsächlich zur Stärkung des politischen und militärischen Einflusses von den Staaten, die überlebten, vor allem von Preußen (www.apsida.cz: 2012).

Im Jahre 1815 wurde der sogenannte Deutsche Bund zwischen den stärksten Staaten - Preußen und Österreich - gebildet. Die ununterbrochenen Streitereien um Macht führten wieder zum Ausbruch des Austro-Preußischen Kriegs und zur Niederlage von Österreich im Jahre 1866 (www.apsida.cz: 2012).

Nach dem Deutsch-französischen Krieg, vier Jahre später, kam zur endgültigen Vereinigung Deutschlands unter der Leitung von Preußen. Es kam zur Vereinigung von Wirtschaft, Politik, zur Stärkung der Industrie und zur Ausrufung des Deutschen Kaiserreichs. Deutschland gründete seine Kolonien besonders in Afrika¹, in der Weltpolitik geriet es in Konflikte nicht nur mit Frankreich sondern auch mit Großbritannien und Italien (www.apsida.cz: 2012).

¹ zB. Deutsch-Südwest (heute Namibia), Deutsch-Ostafrika (heute Teil von Tanzania), Kamerun und Togo (www.safrika.org: 2009).

Diese Strategie des Feldzugs war für Deutschland fatal. Nach dem Abschluss des Ersten Weltkrieges wurde es sehr stark territorial eingeeignet und wirtschaftlich beschränkt. Deshalb wurden, teilweise auch zwangsmäßig, gewisse politischen Veränderungen angenommen und im Jahre 1918 wurde die Weimarer Republik ausgerufen (www.sporit.eu: 2012).

In Deutschland, das von den Kriegsreparationen und von den Wirtschaft- und Sozialproblemen bedrückt wurde, entstand der Gedanke des Nationalsozialismus und im Jahre 1933 kamen die Nationalsozialisten an die Macht. Dadurch wurde weitere Expansionspolitik in die umliegenden Staaten (Österreich, Belgien, Norwegen, Holland, Tschechien) eingeleitet und im Jahre 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Deutschland besetzte große Gebiete nicht nur in Europa sondern auch in Asien und Afrika (Fulbrook: 2010).

Aber auch dieser Versuch der Nationalsozialisten scheiterte und so wurde Deutschland nach der Kapitulation im Jahre 1945 in vier Besatzungszonen geteilt, die unter Siegerstaaten (Vereinigte Staaten, Frankreich, Sowjetunion, Großbritannien) geteilt wurden. Die westliche Grenze kehrte in den Stand aus dem Jahr 1937 zurück. Die östliche Grenze wurde in die Richtung nach Westen zu den Flüssen Oder und Neiße geschoben (www.apsida.cz: 2012).

Im Jahre 1946 kam zur Verbindung der Zonen von Großbritannien und von den Vereinigten Staaten in die Bizone und nach dem Anschluss der Zone von Frankreich im Jahre 1948 entstand die Trizone. Vom Jahre 1949 begannen diese Staaten die Restrukturalisation von dem parlamentarischen Regime in ihren Zonen und es entstand im Mai 1949 die Bundesrepublik Deutschland (BDR), die Sowjetunion reagierte mit Bildung von den Marionettenstaaten in ihrer Zone und so wurde im Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik (DDR) gegründet. Damit kam zur Bildung von zwei politisch und wirtschaftlich unterschiedlichen Staaten und zur stufenweisen Entwicklung des Kalten Kriegs, der mehrmals zum Ausbruch des weiteren Kriegskonflikts ausmünden konnte (Fulbrook: 2010).

Im Zusammenhang mit der Entwicklung in der Sowjetunion am Ende der 80er Jahre, kam im Jahre 1989 zur Revolte in der DDR und zum Fall des kommunistischen Regimes. Es wurde Berliner Mauer, ein Symbol der Teilung von Deutschland, heruntergerissen und es wurden die Bedingungen für die Wiedervereinigung Deutschlands gebildet (www.apsida.cz: 2012). (e. Ü.)

2.2. Ökonomische Position des Landes

Nach dem zweiten Weltkrieg nahm der größere Teil des früheren Deutschlands, die Bundesrepublik Deutschland, das demokratische System der Regierung an und mit Hilfe von Vereinigten Staaten (Marshall Plan) erneuerte sie schnell die durch den Krieg zerstörte Wirtschaft und ordnete sich den hochindustrialisierten Ländern Europas zu. Der kleinere Teil, die Deutsche Demokratische Republik, hatte die kommunistische Regierung, die von der Sowjetunion abhängig war, und die zentral gesteuerte Wirtschaft aufbaute. Obwohl Ostdeutschland zu den ökonomisch erfolgreicherer Ländern des Sowjetblocks gehörte, war sein ökonomisches Niveau im Vergleich mit Westdeutschland ausdrücklich niedriger (www.zones.sk: 2012).

Beide Teile des Landes vereinigten sich im Jahre 1990. Der Preiß für den Umbau von dem unterentwickelten Osten war hoch und Deutschland geriet in die Wirtschaftsrezession. Es wuchsen Arbeitslosigkeit, Steuern und Zinssätze an. Anfang der 90er Jahre erreichte die Arbeitslosigkeit im ehemaligen Ostteil 15%, derweilen im Westteil 7%. Die Unterschiede überdauern weiter. Die Wirtschaft belastete auch den Austausch von der wenig hochwertigen Ostwährung gegen die deutsche Mark. Trotz aller Probleme gehört Deutschland heute zu den wirtschaftlich hochentwickelten Staaten der Welt (www.zones.sk: 2012).

Die Landwirtschaft wird sehr intensiv entwickelt und gehört zu den am meisten mechanisierten in der Welt. In der Landwirtschaft arbeiten nur 3% der ökonomisch aktiven Bewohner und diese bilden den unerheblichen Wert von dem Bruttoinlandsprodukt. Das große Volumen von Nahrungsmitteln muss man vornehmlich von Frankreich einführen. Das Ackerland nimmt ein Drittel von der Fläche des Landes ein und weitere 15% fallen auf Wiesen und Weiden zu (www.zemepis.net: 2012).

Man baut hauptsächlich Getreide, weiter Kartoffeln, Zuckerrübe und Kohl (Norddeutsches Tiefland, Rheinebene, Magdeburger Börde) an. Deutschland nimmt die erste Stelle in der Produktion von Hopfen in der Welt ein und es werden hier mehr als 500 Marken vom Bier produziert. Die Täler in der Nähe der Flüsse Rhein und Mosel bieten weltberühmte Weine an. Drei Viertel von der Lebensmittelproduktion bildet Tierproduktion, die sich für die Schwein- und Rindzucht vornehmlich in den Nordteilen des Landes orientiert. Es erweitert sich auch die Schafzucht. Der Fischfang, vorwiegend in den fernliegenderen Meeren, schafft nicht den Bedarf abzudecken (www.zemepis.net: 2012).

Auch das Forstwesen ist sehr entwickelt und die Wälder sind gut gepflegt, aber Ostdeutschland, das den ausgedehnten Baumbestand ziemlich beschädigt hat, musste den Teil vom Holz bis zum Jahre 1990 einführen (www.zemepis.net: 2012).

Die Bodenschätze des Landes sind beschränkt und sehr begrenzt. Die erste Stelle der Welt nimmt Deutschland im Braunkohlenbergbau ein, weiter beschäftigt es sich mit der Produktion von Kalisalz. Wichtig sind immer der Steinkohlenbergbau im Ruhrgebiet, die Erdgasförderung im Norden des Landes und Halitförderung in Thüringen und in der Nähe von Hannover. Niedrig ist die Produktion von Erdöl. Die Förderung von den verschiedenen Erzen der Buntmetalle aus den abgebauten Lagerstätten ist fast unerheblich (www.zemepis.net: 2012).

Die deutsche Industrie ist die mächtigste in Europa und orientiert sie sich immer mehr auf die progressivsten Zweige. Am wichtigsten ist die Autoproduktion (3. Stelle in der Welt) und die Produktion der weiteren Verkehrsmittel, das bis 20% des Ausfuhrs bildet. Bedeutend ist auch die Produktion der Werkzeugmaschinen, der Erzeugnisse von der Feinmechanik, der Elektrotechnik und der Elektronik (die Computer-, Kopier- und Drucktechnik). Die Bedeutung von Hüttenwesen sinkt (Ruhrgebiet, Saarland). Weltweit bedeutend ist die Chemieindustrie mit der breiten Palette von Produkten und mit der ausgedehnten Produktion der Medikamente. An der dritten Stelle ist, nach statistischen Angaben, die Nahrungsgüterwirtschaft (Bierbrauerei, Müllerei und Zuckerindustrie), dann folgt die Holzbearbeitung und die Papier-, Baustoff-, Bekleidungs-, Glas- und Keramikproduktion. Der Ballungsraum des Ruhrgebiets zusammen mit dem Gebiet von Köln am Rhein stellen die größte industrielle Basis in Europa dar. (www.zemepis.net: 2012) Die Industrieproduktion in den östlichen Bundesländern war während der Einführung von den vergleichbaren Löhnen nur schwer konkurrenzfähig, aber in der Gegenwart entwickelt sie sich wesentlich schneller als im Westen, aber dennoch blieb der Unterschied zwischen dem Wirtschaftsniveau vom Osten und Westen beträchtlich: im Osten ist die Arbeitslosigkeit zweimal größer und BIP für einen Kopf ist um das nicht ganze Drittel niedriger (Baldwin, Wyplosz: 2006). (e. Ü.)

2.3. Politisches System

2.3.1. Anfang der Demokratie

Das politische System der Bundesrepublik Deutschland stellt das zweite demokratische System in der deutschen Geschichte dar. Die Gründer der Bundesrepublik Deutschland, die das Scheitern der ersten Demokratie in der Zeit der Weimarer Republik und

unter der nationalsozialistischen Diktatur als Mahnung betrachten konnten, bildeten die neue Verfassung, das sog. „Grundgesetz“. Die zweite deutsche Demokratie wurde erfolgreich. Es gibt eine ganze Reihe der Gründe von ihrem Erfolg; es gehörte zu ihnen Respekt vor dem Lebenswert in der Freiheit, der nach Erfahrung mit der Diktatur gebildet wurde, aber es war auch das Streben, die Anerkennung der demokratischen Nachbarn zu finden. Eine große Rolle an diesem Erfolg spielte auch das Grundgesetz, das im Jahre 1990 die Verfassung des vereinigten Deutschlands wurde (www.tatsachen-ueber-deutschland.de: 2012).

Das Grundgesetz definiert Deutschland als Rechtsstaat. Alle Verrichtung der Staatsbehörde untersteht der Gerichtskontrolle. Weiter bestimmt das Grundgesetz, dass Deutschland der Bundesstaat ist, das bedeutet die Verteilung der Regierungsgewalt in die Reihe der Bundesländer. Das Grundgesetz definiert weiter Deutschland als Sozialstaat. Der Sozialstaat verlangt von der Politik, derartige Maßnahmen anzunehmen, damit die Leute auch im Fall der Arbeitslosigkeit, der Behinderung, der Krankheit und im Alter materiell versorgt wurden und sie ein würdiges Leben führen können. Ein merkwürdiges Wesensmerkmal des Grundgesetzes ist der sog. „Ewigkeitscharakter“ dieser tragenden Verfassungsprinzipien. Die Grundrechte, die demokratische Form der Regierung, der Bundesstaat und der Sozialstaat dürfen entweder durch spätere Veränderungen des Grundgesetzes oder durch eine ganz neue Verfassung nicht angegriffen werden (www.tatsachen-ueber-deutschland.de: 2012). (e. Ü.)

2.3.2. Politische Parteien

Die Aufgabe der politischen Parteien ist nach dem Grundgesetz die Mitwirkung bei der Entwicklung von dem politischen Willen des Volks. Die Struktur der politischen Parteien muss sich nach den demokratischen Prinzipien richten. Von den Parteien erwartet man, dass sie den demokratischen Staat anerkennen werden. Die Parteien, deren demokratische Einstellung bezweifelt werde, können auf Gesuch der Bundesregierung verboten werden. Aber nur die Regierung kann diese Parteien nicht verbieten. Wenn sich die Bundesregierung entscheidet, dass ihr Verbot berechtigt ist, kann sie nur einen Antrag auf Verbot stellen. Das Verbot darf ausschließlich nur das Bundesverfassungsgericht verhängen. Dadurch verhindert man, dass die regierenden Parteien die Partei verboten, die ihnen in der politischen Konkurrenz unangenehm sein kann. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland verwirklichte man nur wenige Verbotsverfahren (www.tatsachen-ueber-deutschland.de: 2012).

Das deutsche Parteiensystem ist übersichtlich. Aus der langjährigen Regierung des Drei-Parteien-Systems entwickelte sich durch die Etablierung der Grünen in den achtziger

Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts und durch die Anstellung der SED–Nachfolgepartei nach der Wiedervereinigung Deutschlands das stabile Fünf–Parteien–System. Neben den Volksparteien CDU/CSU und SPD verzeichneten bei der Wahl in den Bundestag im Jahre 2009 auch „kleine“ Parteien das zweistellige prozentuelle Ergebnis. Die Unionsparteien, die in die Familie der europäischen Parteien der christlichen Demokraten gehören, wirken in ganzem Deutschland – mit der Ausnahme Bayerns – als Christlich Demokratische Union (CDU). Im Bundesland Bayern legte CDU ihre Funktion zu Gunsten von der Christlich–Sozialen Union (CSU), mit der sie sehr eng verknüpft ist, nieder. Im Bundestag vereinigten sich die Abgeordneten der beiden Parteien dauerhaft in einen Abgeordnetenverein(www.tatsachen-ueber-deutschland.de: 2012).

Die zweite stärkste Partei im deutschen Parteiensystem ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Sie gehört in die Gruppe der Sozialdemokraten und demokratischen Sozialisten. CDU/CSU und SPD haben eine positive Stellungnahme zu dem sozialen Staat. CDU/CSU verbinden vielmehr die Schichten von den selbst verdienenden Leuten, den Gewerbetreibenden und den Unternehmer, SPD steht näher der Gewerkschaft (www.tatsachen-ueber-deutschland.de: 2012).

Die Freie Demokratische Partei (FDP) gehört in die Familie der liberalen europäischen Parteien. Für sie ist sehr wichtig, dass der Staat geringstmöglich in den Mechanismus des Marktes eingreift. Die FDP unterstützen vor allem die mehr gebildeten Schichten und die Schichten mit dem höheren Einkommen (deutsch-kgb.wz.cz: 2010).

Die Grünen gehören in die Gruppe der europäischen grünen und ökologischen Parteien. Ihr Programmziel ist die Kombination der Marktwirtschaft und des Bedürfnis nach Natur- und Umweltschutz mit der Staatskontrolle. Auch diese Partei vertritt die gut finanziell situierten und höher gebildeten Wähler (deutsch-kgb.wz.cz: 2010).

Die jüngste bedeutende Partei in Deutschland ist die Linke, die die sehr starke Vertretung in den fünf Bundesländern hat. Diese Länder traten mit der Wiedervereinigung Deutschlands bei. Heutzutage hat die Linke ihre Vertreter auch in den Parlamenten der anderen Bundesländer. Sie orientiert sich sehr für die soziale Gerechtigkeit und hat den größten Feind vornehmlich in der Partei SPD (deutsch-kgb.wz.cz: 2010).

Das deutsche Wahlsystem ermöglicht kaum die Regierung einer Partei. Gewöhnlich ist, die Koalitionen zu gründen. Damit die Wähler wissen, mit welchem Koalitionspartner die von ihnen gewählten Partei herrschen möchte, meistens erklären die Parteien ihre Koalitionsentscheidung vor der Wahl. Durch die Wahl der bestimmten Partei zeigt der Wähler einerseits seine Präferenz für die Koalition und andererseits bestimmt er seine Wahl

und auch die Relation der Kräfte von den zukünftigen Regierungspartnern (www.tatsachen-ueber-deutschland.de: 2012). (e. Ü.)

2.3.3. Organe des politischen Systems

Der Bundestag ist die gewählte Repräsentation des deutschen Volks und stellt auch das deutsche Parlament dar. Der Bundestag hat den Sitz im Berliner Reichstag. Seine Abgeordneten organisiert man in den Abgeordnetenvereinen und sie wählen aus ihrem Mittelpunkt einen Präsidenten. Die Aufgabe des Bundestags ist die Wahl des Bundeskanzlers und auf Grund der Übereinstimmung mit seiner Politik unterstützt der Bundestag seine Beherrschung in der Funktion. Der Bundestag kann den Bundeskanzler abberufen, wenn er ablehnt, ihm das Vertrauen zu geben. Den Unterschied von den anderen parlamentarischen Demokratien stellt die Wirklichkeit dar, dass der Bundeskanzler in Deutschland gewählt wird, während in anderen parlamentarischen Demokratien ihn das Staatsoberhaupt ernannt (www.tatsachen-ueber-deutschland.de: 2012).

Die zweite Aufgabe des Bundestags ist die Gesetzgebung. Der Bundestag billigt hauptsächlich die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Gesetze in gleicher Weise wie die Parlamenten von den anderen Demokratien (www.e-polis.cz: 2012).

Die dritte Aufgabe der Abgeordneten im Bundestag ist die Kontrolle der Arbeit der Regierung. Die Kontrolle des Parlaments, die in der Öffentlichkeit sichtbar ist, führt die Opposition aus. Weniger sichtbar, aber auch sehr wichtig, ist die Kontrolle, die die Abgeordneten der Regierungsparteien durch ihre Anfrage an die Vertreter in der Regierung ausüben (www.e-polis.cz: 2012).

Der Bundesrat stellt die parlamentarische Vertretung der Bundesländer dar, er bildet eigentlich die zweite Kammer neben dem Bundestag. Er bespricht jedes Bundesgesetz. Als die parlamentarische Kammer der Bundesländer hat sie die gleiche Funktion als die Kammern in anderen Bundesländern, die meistens als Senat genannt werden. Die Mitglieder des Bundesrats sind ausschließlich Vertreter der Landesregierungen. Der Stimmenwert der einzelnen Länder entspricht sehr ungefähr der Einwohnerzahl. Jedes Land hat mindestens drei Stimmen, die Länder mit der größeren Einwohnerzahl haben bis zu sechs Stimmen. Der Bundestag nimmt an der Bildung von den Bundesgesetzen teil (www.tatsachen-ueber-deutschland.de: 2012).

Das Bundesverfassungsgericht ist eine charakteristische Institution der deutschen Nachkriegsdemokratie. Das Grundgesetz gab ihm das Recht, die Gültigkeit der Gesetze, die durch die demokratisch korrekte Weise angenommen wurden, zu beenden - wenn das

Bundesverfassungsgericht feststellt, dass sie das Grundgesetz verletzen. Das Bundesverfassungsgericht kann nur auf Antrag handeln. Der Antrag können nur die Bundesorgane stellen. Zu ihnen gehören: Bundespräsident, Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung oder Landesregierungen. Im Fall des Institutionsstreits handelt das Bundesverfassungsgericht im Sinne des Schutzes von der Kompetenzteilung, die vom Grundgesetz garantiert wird, und im Sinne des Schutzes vom Bundesstaat. Damit auch die parlamentarische Minderheit einen Antrag einreicht, genügt zur Antragstellung ein Drittel der Stimmen der Mitglieder des Bundestages. Das Grundgesetz legitimiert weiter zur Antragstellung auch den individuellen Bürger, ob dieser Bürger vermutet, dass in der Folge der Handlung von irgendeiner Behörde seine Grundrechte verletzt wurden. Die Anstaltsklage stellen jedes Jahr tausende Bürger (www.tatsachen-ueber-deutschland.de: 2012).

Durch die hohen Standards des Grundgesetzes für die Prinzipien des Rechtsstaats und der Demokratie wird das Bundesverfassungsgericht auch der Akteur der europäischen Politik. Das Bundesverfassungsgericht gab fortgesetzt kund, dass die europäische Rechtsordnung zuerst die Kriterien des Grundgesetzes erfüllen muss, als Deutschland der Europäischen Union den bestimmten Teil von den rechtlich-politischen Entscheidungen abtritt. Manche Prinzipien des Grundgesetzes geraten in die bestimmte Spannung mit Anstaltsanerkennung der europäischen Integration. Durch den grundsätzlichen Spruch erinnerte im Juni 2009 das Bundesverfassungsgericht, dass der Bundestag an den europäischen Entscheidungen auch damals teilnehmen muss, wenn er als Ratifizierungsorgan der europäischen Verträge nicht erfordert wird (www.tatsachen-ueber-deutschland.de: 2012).

Der Bundespräsident vertritt die Bundesrepublik Deutschland als Oberhaupt des Staates. Er repräsentiert sein Land auf dem internationalen Niveau und ernennt die Mitglieder der Regierung, die Richter und die hohen Beamten. Durch seine Unterschrift werden die Gesetze rechtlich gültig. Der Präsident entläßt die Regierung und in den Ausnahmefällen kann er vorzeitig das Parlament entlassen. Nach der Verfassung hat der Bundespräsident kein Vetorecht wie der Präsident der Vereinigten Staaten oder andere Staatspräsidenten. Der Bundespräsident bewilligt zwar die Parlamentsbeschlüsse und die Vorschläge bezüglich der Personalpolitik der Regierung, aber er untersucht nur die korrekte Weise von der Annahme, die im Einklang mit dem Grundgesetz sein muss. Der Bundespräsident verrichtet seine Funktion von fünf Jahren und er kann für zwei Funktionsperioden gewählt werden. Er wird von der Bundesversammlung gewählt, die aus den Mitgliedern des Bundestages und weiter aus der gleichen von den Parlamenten der sechzehn Bundesländer gewählten Mitgliederzahl besteht (www.e-polis.cz: 2012).

Der Bundeskanzler ist das einzige gewählte Mitglied der Bundesregierung. Die Verfassung gibt ihm das Recht, die Minister als die Leiter der wichtigsten politischen Behörden selbst zu wählen. Der Bundeskanzler weiter bestimmt die Zahl von den Ministerien und auch ihren Zuständigkeitsbereich. Er hat die Kompetenz, die Richtlinien zu vergeben. Diese Kompetenz drückt das Recht des Bundeskanzlers aus, die Hauptthemen der Regierungstätigkeit zu bestimmen. Dank dieser Beauftragung besitzt der Bundeskanzler die ganze Reihe der Führungsinstrumente, die der Regierungsmacht von den Präsidenten in präsidentialen Demokratien gleichen. Der Parlamentarische Rat, der im Jahre 1949 das Grundgesetz bewilligte, hatte als Vorbild für den Bundeskanzler den britischen Premierminister. Er disponiert mit den gleichen Kompetenzen wie der Bundeskanzler, aber tatsächlich ist die Macht des Bundeskanzlers ausdrücklich kleiner als die Macht des britischen Premierministers. Im parlamentarischen System Großbritanniens herrscht immer nur eine politische Partei, weil das britische Wahlsystem die stärkste Partei vorzieht. Im Bundestag hat gewöhnlich keine politische Partei die Priorität, für die Wahl des Bundeskanzlers ist also meistens die Koalition nötig (www.tatsachen-ueber-deutschland.de: 2012).

Vor der Wahl des Bundeskanzlers müssen sich die Parteien, die zusammen regieren möchten, detailliert vereinbaren. Konkret handelt es sich darum, wie sich die Parteien die einzelnen Ministerien untereinander teilen, welche Ministerien bewahrt bleiben und welche neu gegründet werden. Die stärkere Partei hat in dieser Regierungsverbindung das Recht, den Bundeskanzler zu nominieren. Weiter vereinbaren sich die Parteien über die Absichten, mit denen sie sich in den nächsten Jahren vorrangig beschäftigen möchten. Die Ergebnisse dieser Koalitionsverhandlung bilden den Ausgangspunkt für die Formulierung des Koalitionsvertrags. Erst nach diesen Schritten wird der Bundeskanzler gewählt (www.tatsachen-ueber-deutschland.de: 2012). (e. Ü.)

3. Deutschland und Europäische Gemeinschaften

3.1. Situation in der Nachkriegszeit

Die europäische Situation nach dem Zweiten Weltkrieg war erschütternd. Viele Leute kamen ums Leben, Städte standen in Ruinen und die Bevölkerung litt an Hunger. Die europäische Wirtschaft wurde zerstört und Westeuropa war politisch instabil. Es wurde nötig, Wirtschaft, Handel und diplomatische Beziehungen unter den Ländern wieder zu erneuern.

3.1.1. Lösung der Neuordnung Europas

Schreck und Greuel, die von der Nachkriegszerstörung verursacht wurden, erzwangen eine das Denken in der Hälfte der 40. Jahre des 20. Jahrhunderts charakterisierende Grundfrage: „Wie kann Europa dem nächsten Krieg ausweichen?“ Die möglichen Lösungen gingen vor allem aus dem Bedenken von Ursachen des Zweiten Weltkriegs hervor und es ist möglich, sie in drei Gedankenströme zu teilen (Baldwin, Wyplosz: 2006).

Der erste Strom ging aus der gewöhnlichen Situation nach dem Zweiten Weltkrieg: die Leute aus den am meisten vom Krieg betroffenen Ländern beschuldigten die Deutschen und fühlten gegen Sie Hass. Das klare Beispiel von der Meinung, dass die Lösung ist, den besiegten Schuldigen zu bestrafen, wurde im Plan des Finanzministers USA Henry Morgenthau im Jahre 1944 umfasst. Er bemühte sich, den weiteren Kriegen in Europa durch die Liquidation von der deutschen Industrie und durch den Übergang in das ausschließlich Agrarland zu vermeiden. Dieses Konzept blieb nur in Form einer Theorie. Deutschland wurde zu viel mit Finanzaparatoren belastet, aber die rasche Entwicklung der deutschen Industrie ermöglichte die Rüstung (Baldwin, Wyplosz: 2006).

Die zweite philosophische Strömung – Marxismus-Leninismus – beschuldigte des allen schlechten in der Welt den Kapitalismus, die beiden Weltkriege waren keine Ausnahme. Diese Strömung setzte durch, dass die Lösung der Kommunismus ist (Baldwin, Wyplosz: 2006).

Der dritte Strom von den Meinungen sah die Ursache, die den Krieg auslöst, vor allem in dem destruktiven Nationalismus. Die Lösung war die engere Integration von allen europäischen Ländern. Obwohl der Ruf nach dem vereinigten Europa nach dem Ersten

Weltkrieg² und auch in den Kriegsjahren 1939–1945 schon gehört wurde, kam erst im Jahre 1946 mit dem bekanntesten Vorschlag der Nachkriegsordnung in Europa, der 'Vereinigten Staaten in Europa' genannt wurde, Winston Churchill in seiner Rede an der Universität Zürich (Baldwin, Wyplosz: 2006).

Die Idee von Integration überwog, aber diese Tendenz war am Ende der 40er Jahre noch nicht offensichtlich anscheinend. Entweder die meisten europäischen Länder erneuerten die Staatsverwaltung und die Wirtschaft, oder sie wurden von den fremden Armeen besetzt. Westeuropa kämpfte schwer in den Jahren 1945–1946 mit der Stagnation beim Streben nach der Nachkriegsordnung. Die westeuropäischen Regierungen hatten die beschränkten Möglichkeiten, weil sie mit der Lösung von den Problemen, die mit der Sicherung von den grundlegenden Lebensbedürfnissen der Bewohner verbunden wurden, überfordert wurden (Baldwin, Wyplosz: 2006).

Im Osten entwickelten sich die Ereignisse schneller. Die Sowjetunion, die hoffte, dass Kapitalismus die Ursache von den beiden Weltkriegen ist, begann schon während des Zweiten Weltkriegs ihre Vision des neuen Europas durchzusetzen. Kommunismus wurde schon früher den unabhängigen Staaten – Estland, Lettland und Litauen – aufgezwungen und innerhalb des Jahres 1948 übernahmen Kommunisten die Macht in allen von Sowjets okkupierten Ländern (Baldwin, Wyplosz: 2006). (e. Ü.)

3.1.2. Marshallplan und OEEC

In historischer Hinsicht waren die wichtigsten Ergebnisse Westeuropas, das nach der Suppression des Kommunismus strebte, der Marshallplan und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (OEEC)³. Wegen der schlechten ökonomischen Situation in Europa und der Furcht, dass Kommunisten die Macht in Griechenland, Italien und Frankreich gewinnen konnten, entschied sich der amerikanische Außenminister den allen europäischen Ländern die Finanzhilfe anzubieten, wenn sie sich seinem Plan der Erneuerung anschließen. Die Vertreter der europäischen Länder trafen fast sofort in Paris zusammen, damit sie die Thesen des Marshallplans durcharbeiten könnten Die Sowjetunion und die

² Nach dem Ersten Weltkrieg entstand der Völkerbund, die erste internationale Organisation der Staaten für die Sicherung des Friedens und der Sicherheit - mit dem Sitz in Genf. Sie wurde im Jahre 1919 in Paris als ein von den Ergebnissen des Versailler Vertrages. Das Gründungsdokument der Organisation, der im Jahre 1920 ratifiziert wurde, verpflichtete die Mitglieder vor allem zur Beachtung des internationalen Rechtes und zur friedlichen Lösung der internationalen Konflikte (www.cojeco.cz: 2012).

³ Organization for European Economic Cooperation (www.oecd.org: 2012).

Länder Mittel- und Osteuropas nahmen daran nicht teil und nahmen den Marshallplan nicht an. Die Konferenz in Paris hatte die Aufgabe, die Höhe von der angebotenen Hilfe zu bestimmen und die ständige Organisation zu bilden, in deren Europäer an ihrer ökonomischen Erneuerung zusammenarbeiten würden. Unter den Jahren 1948–1952 leistete der Marshallplan die Finanzhilfe in der Höhe 12 Milliarden Dollars, die Hälfte aus dieser Summe strömte nach Großbritannien, Frankreich und Westdeutschland. Die Sowjetunion gründete im Jahre 1949 ihre eigene Organisation – Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RWG) (Baldwin, Wyplosz: 2006).

Die neue Organisation, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa, wurde im Jahre 1948 gegründet. Sie sollte in der Arbeit an dem Gemeinschaftsprogramm der Erneuerung Europas fortsetzen und vor allem die Koordination der Verteilung der Finanzhilfe des Marshallplans verfolgen. Ihr Sitz war in Paris und sie hatte ursprünglich 18 Teilnehmer, zu denen auch Westdeutschland (die Vertreter der amerikanischen und britischen okkupationistischen Bizone und auch der französischen Okkupationsbizone) gehörte (www.oecd.org: 2012).

Außer Unterstützung des Marshallplans ermöglichte auch OEEC den Fortschritt in der europäischen Integration. Es wurden die inneren Hindernisse des europäischen Handels reduziert und das europäische Zahlungssystem wurde verbessert. Im Jahre 1949 forderte USA, dass OEEC das größere Streben entwickelte, die mehr offenen Bedingungen für die europäische ökonomische Integration, vor allem die innere Liberalisierung des Handels, zu bilden. Die Liberalisierung des Handels unterstützte die schnelle Expansion des Handels und das schnelle Wachstum von Einkommen (www.oecd.org: 2012).

Das Wachstum der Industrie in den nachfolgenden Dekaden nach dem Ersten Weltkrieg, hauptsächlich in den 30. Jahren, wurde von der Bildung der Handelsbarrieren unter den Staaten betroffen, weil man hoffte, dass es dem Wachstum der einheimischen Wirtschaft hilft. Das einheimische Wachstum ermöglicht den Staaten, in der Konkurrenz zu bestehen. In den 40er und 50er Jahren brachte die Integration der westeuropäischen Wirtschaften das Wachstum für alle; der europäische Import und Export wuchsen sogar schneller als das Bruttoinlandsprodukt. Die europäische Repräsentation gab der Idee der europäischen Integration mehr die ökonomische als die politische Bedeutung (www.oecd.org: 2012).

Wenn OEEC auf dem ökonomischen Gebiet auch gut prosperierte, so betrachtete sie manche ihre Mitglieder als zu schwach und limitiert, als dass sie die tiefere Integration, die sie für die Notwendigkeit hielten, bringen könnten. Diese Integration sollte dem nächsten

Kriegskonflikt verhindern und die ökonomische Kraft erneuern. Der Kalte Krieg wurde das starke Motiv für das Streben nach der tieferen Integration. Wegen der ständig wachsenden Spannung zwischen West und Ost sollte Deutschland nicht nur seine Industriekraft, sondern auch seine Verteidigungskraft erneuern, damit es der sowjetischen Expansionskraft standhalten konnte. Obwohl sich viele Europäer, einschließlich vieler Deutschen, mit der Idee des sowohl ökonomisch als auch militärisch starken Deutschlands nicht auseinander setzen konnten, erschien die Integration Deutschlands ins transnationalen Europa in diesem historischen Kontext als der natürliche Weg vorwärts (www.oecd.org: 2012). (e. Ü.)

3.1.3. Europarat

Die Ordnung der politischen und ökonomischen Verhältnisse im Nachkriegseuropa wurde von der Entwicklung des Kalten Krieg-Konflikts bestimmt, aber die Idee der europäischen Einheit wurde nicht vergessen. Aus der Initiative W. Churchills wurde im Jahre 1947 in Montreux der Europäische Kongress zusammengerufen, damit er die Fragen der zukünftigen europäischen Integration löste. Hier wurden die Vorschläge der konkreten Projekte vorgelegt – der gemeinsame Markt für Kohle und Stahl, die Zollunion, die gemeinsame Agrarpolitik, die gemeinsame Lösung der Forschung und der Ausnutzung von der Atomenergie, die Wirtschafts- und Währungsunion (www.euroskop.cz: 2012).

Im Jahre 1948 traf wieder der Europäische Kongress in Haag zusammen und verhandelte über die Möglichkeit der Anstellung der europäischen Organisation, die die Zusammenarbeit der Mitgliedsländer im politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gebiet institutionalisieren würde. Der Verhandlung dominierte der Streit zwischen Unionisten und Föderalisten um die Form und die Funktionen der Organisation und um die Kompetenzen ihrer Organe (www.euroskop.cz: 2012).

Die Föderalisten⁴ fühlten, dass die nationale Souveränität und die nationalen Staaten die genügend starke Systemsicherung gegen die nächsten Kriege in Europa nicht bilden. Das Hindernis in der Entstehung der neuen nationalen Rivalität, die in den dritten Weltkrieg führen sollte, war die föderale Struktur der transnationalen Organisation. Diese Organisation würde einige Funktionen, die bis dieser Zeit traditionell die nationalen Staaten in der Hand hatten, übernehmen (Baldwin, Wyplosz: 2006).

⁴ Zu den Föderalisten gehörten z.B. Frankreich, Deutschland, Italien (Baldwin, Wyplosz: 2006).

Die Unionisten⁵ betrachteten die nationalen Staaten als die effektivste und stabilste Form der Regierung. Ihrer Meinung nach sollte die europäische Integration die enge Zusammenarbeit - vor allem im ökonomischen Bereich, bedeuten. Die ganze Macht sollte in der Hand der Vertreter von den Mitgliedstaaten sein und alle Entscheidungen über Zusammenarbeit würden der Übereinstimmung aller Mitglieder unterliegen (Baldwin, Wyplosz: 2006).

Das Ergebnis war die Entstehung des Europarats im Jahre 1949, weil es nötig war, die Verhältnisse unter den europäischen Staaten auf der neuen Basis zu organisieren. Als die erste europäische Organisation gewann der Europarat das parlamentarische Organ, die Parlamentarische Versammlung des Europarates, aber ihre Kompetenzen blieben nur beratend (www.euroskop.cz: 2012). (e. Ü.)

3.2. Fünfziger Jahre

3.2.1. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

OEEC und der Europarat lösten die partiellen Fragen der Nachkriegsordnung von den Anfängen des Kalten Kriegs, aber sie lösten nicht das Grundproblem des Nachkriegseuropas: die Position Deutschlands und die institutionelle Garantie gegen Erneuerung der deutschen Aggression. Die Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland im September 1949 war der erste Schritt, es blieb aber, die Frage der Kontrolle der deutschen Wirtschaft, vor allem der Schwerindustrie, und die Bedingungen der Wiederbeschaffung der Rechte des souveränen Staates, der von den alliierten Armeen okkupiert wurde, zu lösen (www.euroskop.cz: 2012).

Die Schwerindustrie des deutschen Ruhrgebiets, hauptsächlich die Steinkohlenförderung und die Stahlindustrie, war der Schlüssel zur Lösung. Einerseits diese Kapazitäten ermöglichten Deutschland sich für die beiden Weltkriege zu rüsten, andererseits brauchte die Ruhrkokskohle die französische Eisen- und Stahlindustrie, die Stütze der wirtschaftlichen Nachkriegsrekonstruktion. Die Frage war, wie man Frankreich den Anteil an der geförderten Kohle aus dem Ruhrgebiet zusprechen konnte, ohne von der deutschen Regierung abhängig zu sein. Frankreich wollte deshalb nach dem Krieg, dass das Ruhrgebiet außer Kontrolle Deutschlands blieb (www.euroskop.cz: 2012).

⁵ Zu den Unionisten gehörten z.B. Großbritannien, Dänemark, Norwegen (Baldwin, Wyplosz: 2006).

Nach den langen und schwierigen Verhandlungen wurde die Lösung im Projekt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) gefunden, das auf Grunde des Schuman-Plans von Mai 1950 aufgebaut wurde. Der Plan schlug vor, eine Organisation zu gründen, die die französischen und deutschen Kohlen- und Stahlquellen verwalten würde und die Bedingungen der Produktion und des Verkaufs in diesen Schlüsselbranchen mit Hilfe von den transnationalen Organen leiten würde. Die Gründungsländer waren Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg (business.center.cz: 2012).

Die Regierung der BRD unter Führung von dem Kanzler Konrad Adenauer nahm sofort den Plan an, wenn es auch offensichtlich war, dass sein Hauptziel ist, die Lösung von der Form der internationalen Kontrolle der deutschen Schwerindustrie zu finden. Der Plan öffnete nämlich Deutschland den Weg zur Gleichberechtigung. Die Entstehung und Realisation des Projekts der EGKS wurden dank der politischen Unterstützung der USA ermöglicht, die die ungelöste Frage der Bedingungen von der Erneuerung Deutschlands als Faktor, der die Position vom Westen in der Zeit des Kalten Kriegs schwächte, wahrnahmen. Der Vertrag über die EGKS wurde in Paris am 18. April 1951 unterschrieben (www.euroskop.cz: 2012). (e. Ü.)

3.2.2. Konrad Adenauer

Konrad Adenauer war der Bundeskanzler des Nachkriegswestdeutschlands in den Jahren 1949-1963. Er nahm seine Verantwortung in der Situation über, wenn das ganze Deutschland die schicksalsträchtigen Konsequenzen für seine Kriegshandlung trug. Den großen Teil trug seine Regierung zum ökonomischen, sozialen und politischen Wachstum des Nachkriegswestdeutschlands bei (europa.eu: 2012).

Ähnlich wie viele weitere Politiker seiner Generation verstand er schon nach dem Ersten Weltkrieg, dass man den dauerhaften Frieden nur durch Vereinigung Europas erreichen kann. Seine Erfahrungen aus der Zeit des Dritten Reiches, als er von der Funktion des Bürgermeisters in Köln von den Nationalsozialisten entkleidet wurde, diese Meinung bestätigten. In der Zeit 1949–1955 gelang K. Adenauer in nur sechs Jahren die weitgreifenden außenpolitischen Ziele, deren Sinn war, Deutschland in die westliche Allianz zu verankern: die Mitgliedschaft im Europarat (1951), die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für

Kohle und Stahl (1952) und der Beitritt Deutschlands der NATO (1955)⁶ (europa.eu: 2012).

Der Kern der Außenpolitik Adenauers war die Versöhnung mit Frankreich. Zusammen mit dem französischen Präsidenten Charles de Gaulle erreichten sie die Wende in der Geschichte: im Jahre 1963 unterschrieben sie die noch vor kurzem geschworenen Feinde - Deutschland und Frankreich - das Abkommen über Freundschaft, das ein von den Meilensteinen der europäischen Integration wurde (europa.eu: 2012). (e. Ü.)

3.2.3. Römische Verträge

Der Erfolg der Integration im Bereich der Kohlenförderung und der Stahlproduktion inspirierte westeuropäische Politiker zur Überlegung, in welche Branchen sie ihr weiteres Streben nach der engeren Zusammenarbeit orientieren sollen. Nach dem Krach der Verhandlung über die Entstehung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) verschob sich die Aufmerksamkeit der interessierten Länder auf die ökonomische Integration. Im Jahre 1957 unterschrieben die sechs oben angegebenen Länder die so genannten Römischen Verträge über die Gründung der zwei nächsten Gemeinschaften: die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG und Euratom) (ces.vse.cz: 2012).

Während die Euratom ähnlich wie die EGKS zur partiellen Integration gehörte und sich nur einer strategischen Branche widmete, konkret der friedlichen Ausnutzung der Atomenergie, repräsentierte die EWG das Modell der breiten Integration. Ihr Ziel war, die harmonische Wirtschaftsentwicklung zu erzielen, damit die Lebensgrundlage der Bevölkerung steigen konnte. Das Mittel sollte der so genannte Gemeinsame Markt (EG) werden. In der Zeit der Unterschrift von den Römischen Verträgen handelte es sich um das am meisten ambitionierte Projekt der ökonomischen Integration in der Welt (ces.vse.cz: 2012).

Die Grundprinzipien, auf denen die Idee der Gründung vom gemeinsamen Markt gegründet ist, sind:

- das Verbot des Zolls und der quantitativen Begrenzung vom Import und Export unter den Mitgliedsländern,

⁶ Durch die Unterschrift des Abkommens von Washington im April im Jahre 1949 über die Entstehung der Organisation des Nordatlantikvertrags bildeten zehn europäische Staaten, die Vereinigten Staaten und Kanada das gemeinsame auf die Partnerschaft beruhende Sicherheitssystem (www.mocr.army.cz: 2012).

- die Einführung des gemeinsamen zollamtlichen Preistarifs und der gemeinsamen Handelspolitik gegen die dritten Staaten,
- das Hindernisverbot der freien Bewegung der Personen, der Dienstleistungen und später auch des Kapitals unter den Mitgliedsländern (ces.vse.cz: 2012).

Die hauptpolitische Sendung der Euratom war die Kontrolle der Ausnutzung der Atomenergie. Der Hauptgrund war das Interesse Frankreichs an der Bildung des Instruments der Kontrolle des Kernprogramms der BDR. Die Lösung wurde in der Form des privilegierten Rechts der Gemeinschaftsorgane, die Verträge über die Lieferung der Spaltprodukte, die für die militärischen Zwecke nicht bestimmt wurden, abzuschließen. Es wurde auch kontrolliert, ob diese Materialien von den Mitgliedsländern für die Zwecke ausgenutzt wurden, für die sie bestellt wurden. Die anderen Funktionen lagen in der Harmonisierung und Koordination der friedlichen Forschung der Atomenergie der Mitgliedsländer, ohne ihnen die Möglichkeiten der Mitgliedsländer zu begrenzen, die eigenen Nationalprogramme zu bauen (www.euroskop.cz: 2012).

Als die Reaktion auf die Entstehung der EWG wurde im Jahre 1960 in Stockholm die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)⁷ gebildet. Die Gründungsländer waren Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Portugal, Österreich, Schweden und die Schweiz. Die EFTA wurde von diesen Staaten, die aus dem Grund der Erhaltung von der Souveränität in die EWG nicht eintreten mochten oder konnten, gegründet. Im Vergleich mit der EWG hatten die Gründungsländer die nicht so ambitionierten Ziele. Das Hauptziel war, den freien Handel unter ihren Mitgliedsländern (es betraf nur die Industrieprodukte) zu erreichen und die Geschäftsbedingungen unter ihren Mitgliedern und den Ländern Europas zu verbessern (eagri.cz: 2012). (e. Ü.)

3.3. Vertiefung der Integration

In der Zeit der 60er Jahre gewannen die Europäischen Gemeinschaften die grundlegenden Wesensmerkmale. Es entstanden die Grundregeln der Hauptpolitik der Gemeinschaften – die Zollunion, die gemeinsame Handelspolitik und Agrarpolitik – die Praxis der Lösung von den Schlüsselfragen der zukünftigen Entwicklung der Gemeinschaften stabilisierte sich und es entstand das Fundament des Rechtssystems. Diese Prozesse wurden aber bedeutend durch die Entwicklung des Internationalsystems und die Veränderungen in der

⁷ European Free Trade Association (www.efta.int: 2012).

Position der Schlüsselakteure innerhalb der Gemeinschaften beeinflusst (Euroskop.cz: 2012). (e. Ü.)

3.3.1. Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament ist die Institution der Europäischen Union, die sich in der Zeit ihrer Wirkung am meisten entwickelte. Die gegenwärtige Form des Europäischen Parlaments ist das Ergebnis der ganzen Reihe der Verhandlungen und Vereinbarungen, aber sie spiegelte auch die Entwicklung der Form der Europäischen Integration als die Ganzheit. Die nicht unbedeutende Rolle in diesem Zusammenhang spielten die zahlreichen Gruppierungen, die als Vorgänger des Europäischen Parlaments oft bezeichnet werden (EU.ODS.cz: 2012, evropsky-parlament.cz: 2012).

Das Europäische Parlament hält für seinen Vorgänger die Gemeinsame Versammlung der EGKS, die im Jahre 1952 laut Vertrag über die EGKS gegründet wurde. Es tagten hier 78 Vertreter der sechs Mitgliedsländer: Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Niederlande, und Luxemburg. Die Anzahl der Sitze in der Gemeinsamen Versammlung wurde auf der Grundlage der Anzahl der Bewohner des Mitgliedslandes festgestellt, aber es war zugleich nicht möglich, die kleinen Länder zu diskriminieren. Die Wahl der Vertreter war nicht direkt und die Gemeinsame Versammlung war nur ein Kontrollorgan (EU.ODS.cz: 2012, evropsky-parlament.cz: 2012).

Im Jahre 1957 wurden von den vorgennaten Staaten die Römischen Verträge unterzeichnet. Die ursprüngliche Gemeinsame Versammlung wurde die vertretende Versammlung der drei Europäischen Gemeinschaften. Im Jahre 1962 wurde sie als das Europäische Parlament umbenannt, hauptsächlich deshalb, damit sie sich von der Versammlung des Europarates⁸ unterschied (EU.ODS.cz: 2012).

Die Bedeutung des Europäischen Parlamentes begann vor allem mit der ersten direkten Wahl im Jahre 1979. Die Abgeordneten wurden in der nationalen Wahl gewählt und sie gewannen dadurch die Unabhängigkeit von den nationalen Parlamenten. Dieses Organ vertrat zu diesem Zeitpunkt die Bürger, wenn es die transnationale Fundation auch haben sollte. Die Kompetenzen des Europäischen Parlaments blieben immer konsultativ und hatten den Kontrollcharakter (evropsky-parlament.cz: 2012). (e. Ü.)

⁸ „Die Parlamentarische Versammlung des Europarates war das erste parlamentarische Gremium auf europäischer Ebene nach dem Zweiten Weltkrieg und stellt heute das größte europäische Forum Europas dar“ (www.bundestag.de: 2012).

3.3.2. Deutsch–französische Annäherung

Das Thema der europäischen Integration wird untrennbar mit der historischen Versöhnung Frankreichs und Deutschlands verbunden. Die Identifikation der dauerhafteren politischen und gesellschaftlichen Erscheinungen mit der Wirkung einer konkreten Person oder Personen ist meistens irreführend. Im Fall Charles de Gaulle⁹ und Konrad Adenauer kann man die Ausnahme machen. In der Zeit ihres gemeinsamen Amt in den Jahren 1958–1963 hatten ihre eminenten persönlichen Verhältnisse einen großen Einfluss auf die Politik der beiden Länder. Während dieser fünf Jahre trafen sich der General und der Kanzler sehr oft persönlich und im jeden bedeutenden Augenblick des internationalen Geschehens informierten sie sich gegenseitig und sie diskutierten zusammen über ihre Entscheidungen (Kynický: 2004).

Der Prozess der deutsch–französischen Annäherung wurde im Jahre 1963 im Elysée–Palast in Paris durch die Unterzeichnung des Deutsch–ranzösischen Freundschaftsvertrags symbolisch beendet. Der ist vor allem der Ausdruck vom Willen der beiden Staatsmänner, die trotz aller aus der unterschiedlichen Position der beiden Länder hervorgehenden Differentiationen schafften, mehrere Jahre zusammenzuarbeiten. Am Anfang bestimmten sie sich zwei Ausgangspunkte ihrer gemeinsamen Wirkung: die guten diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich vorzugsweise zu bilden und die dauerhaft guten persönlichen Verhältnisse zu halten (Kynický: 2004).

Das historische Verdienst von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle ist die Gründung der Tradition der engen Zusammenarbeit der höchsten Repräsentanten der beiden Länder. Grundsätzlich war und immer ist der ruhige und erfolgreiche Verlauf des Prozesses der europäischen Integration nach dieser Zusammenarbeit weitgehend wichtig (Kynický: 2004) (e. Ü.).

3.3.3. Erweiterung der europäischen Integration

Die Integrationsabsichten, die in den Gründungsverträgen über die einzelnen Europäischen Gemeinschaften ausgedrückt waren, gelang man, im Prinzip zu realisieren. Die Europäischen Gemeinschaften wurden die entscheidende ökonomische Struktur auf dem europäischen Kontinent. Das Interesse an der Mitgliedschaft in ihnen begannen die nächsten Länder, vor allem Großbritannien, das sich zu den ursprünglichen Integrationsprojekten skeptisch stellte und lehnte es ab, an ihnen zu teilnehmen, zu äußern. Nach dem Abgang des

⁹ Charles de Gaulle war der französische Präsident in den Jahren 1958–1969 (www.hdg.de: 2011).

Präsidenten Charles de Gaulle, der gegen die Stärkung der transnationalen Elemente der Europäischen Gemeinschaften und auch gegen die Erweiterung der EWG um Großbritannien war, aus der französischen politischen Szene (1969), kam es zur fortschreitenden Vertiefung und Erweiterung der europäischen Integration. Im Jahre 1973 wurde die Europäischen Gemeinschaften um Großbritannien, Irland und Dänemark erweitert (Had, Urban: 2000).

Der am meisten bedeutende Prozess, der in den 60er Jahren verlief, war die Vertiefung der ökonomischen Integration in der Richtung zur Zollunion. Es gelang, diese Zollunion mit dem halbjährigen Vorlauf schon in der Hälfte des Jahres 1968 zu beenden. Es wurden Zölle für Handel mit den Waren unter den Mitgliedsländern aufgehoben und die Regeln der gemeinsamen Handelspolitik für Außenhandel mit den Drittstaaten eingeführt. Kurz danach wurde definitiv die nächste gemeinsame für das zukünftigen Funktionieren des Gemeinsamen Marktes unerlässliche Politik, und nämlich die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), formuliert. Sie legte die Regeln für die landwirtschaftliche Produktion und Handel fest (Centrum evropských studií: 2012).

Der erfolgreiche Verlauf des Integrationsprozesses gab sich auch in der Annäherung der drei Gemeinschaften kund. Die Mitgliedsländer vereinbarten sich, die Organe der Europäischen Gemeinschaften zu vereinigen. Der Fusionsvertrag wurde im Jahre 1967 unterzeichnet. Die dynamische zum Ausbau des Gemeinsamen Marktes zielende Entwicklung der 60er Jahre trug zur Erhöhung der Lebensqualität der Bewohner der Mitgliedsländer bei und sie regte die Diskussion über die weitere Integration an. Die Debatte brachte den sog. Werner-Plan des Übergangs zur Wirtschafts- und Währungsunion bis Jahr 1980 (Centrum evropských studií: 2012). (e. Ü.)

3.3.4. Neue Ostpolitik von Willy Brandt

Die Verhältnisse zwischen den beiden deutschen Republiken transformierten sich dank der sog. Ostpolitik von Willy Brandt. Nach drei Wochen der Verhandlungen wurde nach der Wahl im Jahre 1969 die Koalition zwischen SPD und FPD gebildet und Willy Brandt wurde der deutsche Bundeskanzler. Dieser Schritt bezeichnete den Wende in der westdeutschen politischen Geschichte, nach zwei Dekaden der Dominanz der konservativen Partei begannen die Sozialdemokraten in der sozial-liberalen Koalition zu regieren (Fulbrook: 2010).

Trotz der starken konservativen Opposition begann W. Brandt die Verhandlung, die die Verhältnisse zwischen der beiden deutschen Republiken normalisierte. Dank der Ostpolitik W. Brandts kam es zur gegenseitigen Anerkennung der beiden deutschen Nationen

und das verursachte die Verbesserung der Bedingungen für die beidseitige Kommunikation zwischen den beiden Ländern. Diese Bemühungen wurden sowohl damals, als auch auch später, als die Form der Versöhnung mit Kommunisten kritisiert. Es wurde damit argumentiert, dass es sich um die Unterstützung des unlegitimen Staats, der die Menschenrechte faktisch unterdrückte, handelte. Die Getreuen dieser Politik verstanden es als die partielle realistische Annahme der im Grunde unwandelbaren Situation und als die Weise für die Verbesserung der Verhältnisse und der Erschließung der Grenzen mindestens für die mitmenschlichen Kontakte im Rahmen der Taktik der „kleinen Schritte“ (Fulbrook: 2010).

Der Bundeskanzler Willy Brandt schloß im Jahre 1972 den Grundlagenvertrag mit dem ostdeutschen Ministerpräsidenten Willi Stoph ab, Ostdeutschland nahm diese entstandene Position als „die zwei deutsche Staaten in einer deutschen Nation“ wahr. Der Vertrag wurde im Jahre 1973 ratifiziert und die beiden deutschen Republiken wurden von den Vereinigten Staaten völlig anerkannt. Es kam zur Entspannung der gespannten Situation in Mitteleuropa (Fulbrook: 2010). (e. Ü.)

3.3.5. Eurosklerose

Die Erreichung der Ziele des Werner-plans verhinderte die Krise des Weltwährungssystems. Sie deutete die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts an, wegen deren sich auch der nächste Vorgang der ökonomischen Integration in den Europäischen Gemeinschaften komplizierte (Centrum evropských studií: 2012).

Den Zeitraum zwischen den Jahren 197–1984 bezeichnet man als die Zeit der Eurosklerose, als die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaften die ernsthaften Wirtschaftsprobleme, die mit der 1. und 2. Energiekrise (1973 und 1979) verbunden sind, einbüßten. Als das Projekt der Zollunion, das im Jahre 1968 beendet wurde, einen großen Erfolg unter den Gründungsländern auch feierte, hatten die Energiekrisen die negative Wirkung auf den Integrationsprozess verübt (Lacina a kol.: 2007).

Nach der Zeit des schnellen ökonomischen Nachkriegswachstums und der relativ niedrigen Arbeitslosigkeit wurde der Abstieg der ökonomischen Bedingungen als Anlass zur Rückkehr zu den protektionistischen Maßnahmen aus der Zwischenkriegszeit ausgewertet. Die Nationalautoritäten reagierten auf die ökonomischen Probleme durch die Ungefälligkeit, ihre Märkte der internationalen Konkurrenz weiter zu öffnen und sie suchten dahingegen die Möglichkeiten des Schutzes ihrer einheimischen Märkte-Produzenten (z.B. durch die technischen Normen, durch die Staatsförderung, durch die Vergünstigung der einheimischen

Produkte bei der Justierung der Regeln für die öffentlichen Aufträge usw.). Der Zeitraum der 18 Jahre vom Jahre 1968 bis zur Entscheidung über die Bildung des einheitlichen Binnenmarktes im Jahre 1986 wurde durch die Stilllegung des Prozesses der Vertiefung der ökonomischen Integration auf die Ebene der Zollunion (Lacina a kol.: 2007).

Der Werner-Plan wurde schließlich nicht realisiert, aber das deutsch-französische Tandem setzte das sog. Europäische Währungssystem durch. In dem wurden die Währungen der Mitgliedsländer aneinander angeschlossen und ihre Kurse können nur im Rahmen des zugelassenen Zwischenraumes abweichen. Die Wirbelsäule des Systems wurde die Europäische Währungseinheit (ECU)¹⁰, ECU bestand nicht jedoch im Unterschied zur nachträglichen Währung Euro in der physischen Form und sie ersetzte nicht die Währungen der Mitgliedsländer. ECU wurde aus dem bestimmten Anteil der Währungen von allen 9 Mitgliedsländern berechnet. Der größte Anteil hatte die deutsche Mark als die Währung der stärksten Ökonomik. Der Wert jeder in ECU ausgedrückten Währungen wurde täglich berechnet und von der Kommission veröffentlicht. Man benutzte ECU z.B. für den Zahlungsverkehr unter den Institutionen der Europäischen Gemeinschaften (Centrum evropských studií: 2012).

Am Ende der 70er Jahre begann die zweite Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften. Unter den Kandidatenländern gehörten Griechenland, Portugal und Spanien. Für alle diesen Länder war es typisch, dass sie sich gegen die Hälfte der 70er Jahre vom diktatorischen Regime abgewendet haben. Die Gründe ihres Beitrittes waren vor allem politisch, weil die Mitgliedschaft in den Europäischen Gemeinschaften zur Stabilisierung dieser jungen Demokratien beitragen konnte. Griechenland trat den Europäischen Gemeinschaften im Jahre 1981 bei und Spanien und Portugal wurden die Mitglieder im Jahre 1986, dadurch die Anzahl der Mitgliedsländer auf zwölf stieg (Centrum evropských studií: 2012). (e. Ü.)

3.3.6. Einheitliche Europäische Akte

Die Reform der Institutionen, die außenpolitische Zusammenarbeit und die Frage der weiteren Entwicklung der europäischen Integration in Schluss auf die Bildung des Gemeinsamen Marktes setzten die Eingriffe in den Text der Gründungsverträge voraus. Der Bedarf, die Dissonanz unter den Mitgliedsländern in diesen Fragen zu lösen, löste den

¹⁰ European Currency Unit (www.zavedenieura.cz: 2012).

Vorschlag der Einberufung der Regierungskonferenz aus, wo es möglich wäre, die komplexe Vereinbarung anzunehmen (Schelle, Veselá: 2010).

Das Ergebnis der Regierungskonferenz, die sich am Ende des Jahres 1985 in Luxemburg traf, war die Einheitliche Europäische Akte (EEA), die Anpassung der Gründungsverträge, die die Konvention über die notwendigen Schritte zur Belebung des Integrationsprozesses darstellte (Euroskop.cz: 2012).

Die Einheitliche Europäische Akte legte die konkreten Ziele fest: die Wirtschafts- und Währungsunion zu bilden und die separierten Agenden der Europäischen Politischen Zusammenarbeit¹¹ mit der institutionellen Struktur der Europäischen Gemeinschaften zu verbinden. Sie enthielt auch die Erweiterung des Mandates der EWG um die Fragen, die den sozialen Bereich, die Umwelt, die Forschung und die technologische Entwicklung betrafen. Sie betonte die Solidarität im Rahmen der Gemeinschaft, brachte die Förderung den weniger entwickelten Regionen und richtete zur Erzielung der Homogenisierung der Lebensqualität der Mitgliedsländer (Schelle, Veselá: 2010).

Die Einheitliche Europäische Akte definierte wieder den einheitlichen Markt als das Gebiet ohne Innengrenzen, in dem die Bewegung von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital gesichert wird. Sie brachte auch die wichtigen Änderungen in die entscheidenden Mechanismen in den Organen der Europäischen Gemeinschaften. Es wurde die Position des Europäischen Parlaments durch die Einführung der Prozedur der Zusammenarbeit gestärkt, als das Europäische Parlament die mitarbeitende Institution bei der Bildung der Legislative wurde. Die die Einführung des Binnenmarktes betreffenden Entscheidungen wurden von der qualifizierten Mehrheit statt der bisherigen Praxis der Einstimmigkeit angenommen. Das war sehr nützlich für die Beschleunigung des entscheidenden Prozesses (Svatoš a kol.: 2009). (e. Ü.)

3.3.7. Entstehung der Europäischen Union

Die erfolgreiche Realisation des einheitlichen Binnenmarktes öffnete den Weg zur Erfüllung der nächsten Aufgabe – die Verwirklichung der Wirtschafts - und Währungsunion und die Bildung der Voraussetzungen für die Entstehung der politischen Union. Dieses Interesse wurde am Anfang der 90er Jahre auch durch die politischen und ökonomischen

¹¹ „Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) bezeichnete die Kooperation unter den Mitgliedsländern der EWG in Fragen der internationalen Politik. Die in der Einheitlichen Europäischen Akte festgelegte EPZ wurde durch im EU-Vertrag (1992) vereinbarte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik abgelöst“ (www.bpb.de: 2012).

Änderungen – durch den Übergang zu den Marktwirtschaften in den Ländern in Mittel- und Osteuropa und durch die Wiedervereinigung Deutschlands (1990) gestärkt (Cihelková, Kunešová a kol.: 2006).

Nach dem Fall der Berliner Mauer (1989) schien die Wiedervereinigung des West- und Ostteiles Deutschlands als der nächste natürliche Schritt. Es herrschten aber die Besorgnisse um die Entstehung des neuen ökonomischen Monstrums. Mit 80 Millionen und 30% des europäischen Exportes wäre Deutschland größer als Frankreich, Großbritannien oder Italien. Es nahm Furcht vor der Änderung des politischen Gleichgewichtes in den Europäischen Gemeinschaften zu. (Baldwin, Wyplosz: 2006) Der Bundeskanzler Helmut Kohl¹² hielt die Teilnahme der vereinigten Bundesrepublik Deutschlands im integrierten Europa für das Mittel, wie diese Furcht zu beruhigen und dem eventuellen expansiven Verhalten der zukünftigen deutschen Regierungen zu verhindern. Helmut Kohl machte sich sehr verdient darum, dass Deutschland eine wichtige Rolle in der Vertiefung der Europäischen Integration spielte und er führte Deutschland zur Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht (Nemkyová: 2011).

Durch die Entstehung des einheitlichen Binnenmarktes wurden die Europäischen Gemeinschaften die größte Handelsmacht, aber sie hatten keinen einheitlichen Vorgang im Bereich von Außenpolitik und Sicherheitsfragen. Die Oberhand der ökonomischen Aspekte in der vorangehenden Entwicklung führte zur Unterbewertung der Zusammenarbeit in den Fragen der Justiz und der Innenpolitik. Die Aktivität der Europäischen Gemeinschaften verbreitete sich in den nächsten Bereichen: in der Umwelt, in der wissenschaftlich–technischen Entwicklung usw. Nichts davon wurde in den Römischen Verträgen verankert. Deshalb entstand es der Bedarf, die Römischen Verträge zu erweitern (Cihelková, Kunešová a kol.: 2006).

Am 7. Februar 1992 wurden von den Repräsentanten der 12 Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaften feierlich die zwei bedeutenden Dokumente unterzeichnet: der Vertrag über die Europäische Union (EU–Vertrag) und der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft¹³. Diese Dokumente werden durch den Terminus, den Vertrag von Maastricht bezeichnet, verkürzt (Cihelková, Kunešová a kol.: 2006). Der

¹² Helmut Kohl wurde der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1982–1998 (helmut-kohl.kas.de: 2012).

¹³ Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wurde im Jahre 1992 in der Fassung des Vertrags von Maastricht an die Europäische Gemeinschaft (EG) geändert (Cihelková: 2003).

Ratifikationsprozess des Vertrags von Maastricht in den Jahren 1992–1993 traf sich aber mit den zahlreichen Problemen, vor allem mit der Ablehnung Dänemarks in dem ersten Referendum im Jahre 1992 und mit dem knappen Ergebnis des Referendums in Frankreich im gleichen Jahre (Euroskop.cz: 2012). Die Komplikationen waren auch in Deutschland. Der Vertrag wurde von dem Bundesverfassungsgericht als der verfassungswidrige Vertrag bezweifelt, aber am Ende wurde er als kompatibel mit dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschlands anerkannt (Baldwin, Wyplosz: 2006). Der Vertrag von Maastricht trat in Kraft am 1. Januar 1993 (Centrum evropských studií: 2012).

Die Europäische Union schloss neulich nicht nur die drei bestehenden Europäischen Gemeinschaften – die Europäische Gemeinschaft, die EGKS und die Euratom – in die erste Säule ein, sondern es entstanden auch die zwei neuen Säulen: die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Zusammenarbeit im Bereich der Justiz und Inneres (Centrum evropských studií: 2012).

Der Vertrag von Maastricht ist unstrittig der bedeutende Fortschritt im Prozess der Vereinheitlichung der Länder der Europäischen Gemeinschaften und der Beweis ihrer gegenseitigen Abhängigkeit. Einerseits verzichteten die Mitgliedsländer der Europäischen Union auf den nächsten wesentlichen Teil der Staatssouveränität, andererseits bilden sie sich gerade durch ihn die vertraglichen Voraussetzungen für die Erreichung der höheren Effekte von allen Arten samt der Dynamik der Entwicklung. Heute kämpft man nicht mehr nur um das Primat in der Ökonomik und Technologie, sondern auch um die Fähigkeit, seine Qualitäten zu beweisen und sich auch in der sozialen, politischen und bürgerlichen Sphäre zu durchsetzen. Es ist offensichtlich, dass der Vertrag von Maastricht, der der Gipfel des langzeitigen Strebens nach der Beschleunigung und der Vertiefung der europäischen Integration ist, ist der Anfang der weiteren Integrationsprozesse im ganzen Europa (Cihelková, Kunešová a kol.: 2006). (e. Ü.)

Es wurde Deutschland ermöglicht, sich an die Integrationsprozesse nach dem Zweiten Weltkrieg anzuschließen, und so konnte Deutschland der gleichwertige Partner der Europäischen Gemeinschaften und später ein von den wichtigsten Mitgliedsländer der Europäische Union werden. Diese Eingliederung half wieder die Großmachtstellung Deutschlands in Europa wiederherzustellen und zu festigen.

4. Abschluss

Die Position der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union ist bedeutend und sie spielt eine wichtige Rolle bei den Entscheidungen über das Geschehen in Europa. In meiner Arbeit wollte ich untersuchen, welche verschiedene Entwicklungsstufen im Integrationsprozess Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur Entstehung der Europäischen Union durchmachen musste, damit es sich in die Lage des führenden Mitgliedslandes transformierte.

Es ist wunderbar, dass Deutschland schaffte, aus der sehr ungünstigen Situation in der Nachkriegszeit, als es sich in der Lage des Besiegten befand, hinauszugelangen und die gleichwertige Partnerschaft in der Europäischen Union zu gewinnen. Aber das war der langzeitige und komplizierte Prozess, wenn Deutschland und alle zukünftigen Mitglieder der Europäischen Union zahlreiche Hindernisse überwinden mussten.

Zuerst musste sich Europa von den Folgen des Zweiten Weltkriegs erholen. Dafür entstanden der Marshallplan und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa. Sie sollten helfen, die ökonomische Situation in Europa durch die Finanzhilfe zu verbessern.

Es wurde auch der Machtstreit um die Neuordnung in Nachkriegseuropa geführt. Der Kalte Krieg, der im Jahre 1947 ausbrach, beschleunigte die Integrationsprozesse in Europa. Es entstand der Europarat, der die erste integrierte Organisation in Europa wurde. Ihre Aufgabe war, die politischen und ökonomischen Verhältnisse in Europa zu organisieren. Es ist nötig, zu wissen, dass Deutschland in dieser Zeit geteilt wurde und nur ein Teil, aus dem später die Bundesrepublik Deutschland entstand, gliederte sich in die Integration in Europa ein.

Einer von den größten Problemen Deutschlands war die Wiederbeschaffung des Vertrauens der Staaten in Europa, dass Deutschland wieder den Kriegskonflikt nicht auslöste. Der Gewinn des Vertrauens war sehr wichtig, damit sich Deutschland der Bildung des demokratischen Integrationsprozesses anschließen konnte. Der erste Schritt zur Lösung dieser Situation war die Mitgliedschaft in der Europäischen Organisation für Kohle und Stahl. Einerseits nahm Deutschland an der Integration Europas teil, andererseits wurde es von den anderen Mitgliedsländern kontrolliert und gesteuert.

Die Mitgliedschaft in den sich fortschreitend entwickelnden Europäischen Gemeinschaften bedeutete für Deutschland die immer stärkere Festigung seiner Position im europäischen Integrationsprozess. Der größte Schritt für den Gewinn der Anerkennung der

Mitgliedsländer war aber die deutsch–französische Versöhnung, die sich durch die guten diplomatischen und politischen Beziehungen zwischen dem deutschen Bundeskanzler, Konrad Adenauer und dem französischen Präsidenten, Charles de Gaulle, verwirklichte, weil Frankreich einen großen Opponent Deutschlands darstellte. Dann konnte es zur weiteren Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften kommen.

Damit der gerade Weg Deutschlands zur europäischen Integration gesichert wurde, musste es auch die guten Kontakte mit der Deutschen Demokratischen Republik herstellen. Dazu trug der Bundeskanzler Willi Brandt mit seiner Ostpolitik bei, dank der er die Anerkennung der beiden deutschen Republiken in der Welt erreichte. Es entstanden die günstigen Bedingungen für die erfolgreiche Integration Europas.

Wenn die Dynamik des Integrationsprozesses wegen der Zeit der Eurosklerose auch verlangsamt wurde, hörten die Mitgliedsländer nicht auf, über die nächste tiefere Integration zu verhandeln. Das Ergebnis war die Einheitliche Europäische Akte, die die Änderung in den Römischen Verträgen in die Richtung der Vertiefung der Integrationsprozesse im Bereich der Wirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik darstellte. Die Erfüllung der Ziele der Einheitlichen Europäischen Akte wurde wichtig für die Vorbereitung der Entstehung der Europäischen Union.

Zur Entstehung der Europäischen Union halfen auch die Ereignisse in der Welt. Es wurde der Kalte Krieg beendet und es kam zur Wiedervereinigung Deutschlands. Die beiden Teile Deutschlands vereinigten sich nach dem Fall der Berliner Mauer und in der Europäischen Union trat Deutschland schon als die Ganzheit ein. Die Europäische Union krönte die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften, aber zugleich versprach sie die Vertiefung und Erweiterung der Integration Europas in den weiteren Bereichen.

Deutschland schaffte nach dem Zweiten Weltkrieg alle Hindernisse auf dem Weg zur Wiederbeschaffung der Hochachtung und des Respektes in der Welt zu überwinden und die bedeutende und entscheidende Position in der Europäischen Union zu gewinnen.

5. Quellen

Literarische Quellen

- [1] BALDWIN, Richard, WYPLOSZ, Charles: *Ekonomie evropské integrace*. Praha 2008, S. 480.
- [2] CIHELKOVÁ, Eva. *Vnější ekonomické vztahy Evropské unie*. Praha 2003, S. 709.
- [3] CIHELKOVÁ, Eva – KUNEŠOVÁ, Hana a kolektiv. *Světová ekonomika: Nové jevy a perspektivy*. Praha 2006, S. 319.
- [4] FULBROOK, Mary: *Dějiny moderního Německa od roku 1918 po současnost*. Praha 2010, S. 304.
- [5] HAD, Miloslav – URBAN, Luděk: *Evropská společenství: První pilíř Evropské unie*. Praha 2000, S. 165.
- [6] HAD, Miloslav – URBAN, Luděk: *Evropská společenství: První pilíř Evropské unie*. Praha 2000, S. 165.
- [7] NEMKYOVÁ, Magda: *Postoje vlád Helmuta Kohla k východnímu rozšíření Evropské Unie: bakalářská práce*. Brno: Masarykova univerzita, Fakulta sociálních studií. 2011. 40l. Vedoucí diplomové práce Zdeněk Sychra.
- [8] SCHELLE, Karel – VESELÁ, Renata: *Böhmische Länder und die Integrationsbemühungen in Europa*. Norderstedt 2010, S. 257.
- [9] SVATOŠ, Miroslav a kolektiv.: *Zahraniční obchod: Teorie a Praxe*. Praha 2009, S. 368.

Quellen im Internet

- [1] APSIDA.CZ: *Německo – historie*. Online im Internet. URL: http://www.apsida.cz/hrady/cizina/nemec/nemec_histr.htm [Stand 25.1.2012].
- [2] BPB.DE: *Europäische Politische Zusammenarbeit*. Online im Internet. URL: http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=3YAS9Q [Stand 6.3.2012].
- [3] BUNDESTAG.CZ: *Parlamentarische Versammlung des Europarates*. Online im Internet. URL: http://www.bundestag.de/bundestag/europa_internationales/international/europarat/index.html [Stand 6.3.2012].

- [4] BUSINESS.CENTER.CZ: *Evropské společenství uhlí a oceli*. Online im Internet. URL: <http://business.center.cz/business/pojmy/p1748-evropske-spolecenstvi-uhli-a-oceli.aspx> [Stand 18.1.2012].
- [5] CENTRUM EVROPSKÝCH STUDIÍ: *Integrační proces v západní Evropě*. Online im Internet. URL: http://ces.vse.cz/portal/index.php?page=view_chapter&kap=16 [Stand 19.2.2012].
- [6] COJECO.CZ: *Společnost národů*. Online im Internet. URL: http://www.cojeco.cz/index.php?detail=1&id_desc=89923&s_lang=2 [Stand 8.3.2012].
- [7] DEUTSCH-KBG.WZ.CZ: *Hlavní politické strany v Německu*. Online im Internet. URL: <http://deutsch-kgb.wz.cz/soubory/politickestranyjkgb.htm> [Stand 25.1.2012].
- [8] EAGRI.CZ: *Evropské sdružení obchodu a Evropský hospodářský prostor*. Online im Internet. URL: <http://eagri.cz/public/web/mze/ministerstvo-zemedelstvi/zahranicni-vztahy/mezinarodni-organizace/evropske-sdruzeni-volneho-obchodu.html> [Stand 19.2.2012].
- [9] EFTA.INT: *The European FreeTrade Association*. Online im Internet. URL: <http://www.efta.int/> [Stand 19.2.2012].
- [10] E-POLIS.CZ: *Německý federalismus*. Online im Internet. URL: <http://www.e-polis.cz/komparace/55-nemecky-federalismus.html> [Stand 25.1.2012].
- [11] EU.ODS.CZ: *Evropský parlament – historie jeho vývoje*. Online im Internet. URL: http://euods.pspace.cz/?p_id=65 [Stand 6.3.2012].
- [12] EUROPA.EU: *Historie Evropské unie – Konrad Adenauer*. Online im Internet. URL: http://europa.eu/about-eu/eu-history/1945-1959/foundingfathers/adenauer/index_cs.htm [Stand 18.1.2012].
- [13] EUROSKOP.CZ: *Historie integrace EU*. Online im Internet. URL: <http://www.euroskop.cz/9021/sekce/eu---zakladni-data/> [Stand 8.3.2012].
- [14] EVROPSKÝ PARLAMENT.CZ: *Historie*. Online im Internet. URL: <http://www.evropsky-parlament.cz/view/cs/parliament/history.html> [Stand 6.3.2012].
- [15] FAKTA O NĚMECKU: *Politický systém*. Online im Internet. URL: <http://www.tatsachen-ueber-deutschland.de/cz/politicky-system.html> [Stand 25.1.2012].
- [16] HDG.DE: *Charles de Gaulle: Militär und Politiker*. Online im Internet. URL: <http://www.hdg.de/lemo/html/biografien/GaulleCharlesDe/index.html> [Stand 6.3.2012].

- [17] HELMUT-KOHL.KAS.DE: *Helmut Kohl*. Online im Internet. URL: <http://helmut-kohl.kas.de/> [Stand 8.3.2012].
- [18] KYNICKÝ, MILAN: *Charles de Gaulle, Konrad Adenauer a kořeny francouzsko – německé spolupráce*. Online im Internet. URL: <http://www.euractiv.sk/buducnost-eu/analyza/charles-de-gaulle-konrad-adenauer-a-koreny-francouzsko-nmeck> [Stand 2.1.2012].
- [19] MOCR.ARMY.CZ: *Ministerstvo obrany České republiky: NATO*. Online im Intrnet. URL: <http://www.mocr.army.cz/nato/nato-8493/> [Stand 19.2.2012].
- [20] OECD.ORG: *Organisation for European Economic Co-operation*. Online im Internet. URL:
http://www.oecd.org/document/48/0,3746,en_2649_201185_1876912_1_1_1_1,00.html [Stand 13.1.2012].
- [21] SAFRIKA.ORG: *Ehemalige Deutsche Kolonien in Afrika*. Online im Internet. URL: http://www.safrika.org/colony_de.html [Stand 25.1.2012].
- [22] SPORIT.EU: *Politicko spoločenské dôsledky hyperinflace ve Výmarské republice*. Online im Internet. URL: <http://www.sporit.eu/news/politicko-spolecenske-dusledky-hyperinflace-ve-vymarske-republice/> [Stand 25.1.2012].
- [23] ZAVEDENIEURA.CZ: *Evropská měnová jednotka*. Online im Internet. URL: http://www.zavedenieura.cz/cps/rde/xchg/euro/xsl/vyklad_slovník.html?PG=E#Evrop sk%C3%A1%20m%C4%9Bnov%C3%A1%20jednotka [Stand 5.3.2012].
- [24] ZEMEPIS.NET: *Německo – informace o státě*. Online im Internet. URL: <http://www.zemepis.net/zeme-nemecko> [Stand 25.1.2012].
- [25] ZONES.SK: *Nemecko*. Online im Internet. URL: <http://www.zones.sk/studentske-prace/geografia/1511-nemecko/> [Stand 25.1.2012].